

**Regierungserklärung
Hessischer Ministerpräsident
Hessen bleibt besonnen**

Rede Rolf Kahnt am 08. Dezember 2020

<https://www.youtube.com/watch?v=Zbr8RTgeMKg&t=2628s>

Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Corona-Pandemie hat einiges gezeigt und auch einiges bewusst gemacht: Grundrechte und Menschenrechte sind Abwehrrechte gegenüber staatlicher Willkür. Nun bin ich weit davon entfernt, die getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie als willkürlich zu bezeichnen. Im Gegenteil, sie sind in vielen Bereichen sehr sinnvoll.

Aber sie richten sich gegen elementare Freiheitsrechte, und ein staatlicher Zugriff – auch nur auf bestimmte Zeit – begrenzt soziale Bereiche menschlichen Lebens. Er steht im Widerspruch zum Recht auf gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen.

Noch bis Februar 2020 konnte sich niemand vorstellen, mit welcher Pauschalität gerade der Staat heute auf Freiheitsrechte zugreift. Was nun zusätzlich verordnet wird, ist eine politische Kapitulation vor dem Virus: keine Auswahl effektiver Strategien mehr, kein Vertrauen mehr, welchen Beitrag der oder die Einzelne zur Risikoreduzierung leisten kann. Stattdessen werden ganze Bereiche des gesellschaftlichen Lebens kollektiv stillgelegt. Verursachungsbeiträge und Wahrscheinlichkeiten, Verhältnismäßigkeiten und Angemessenheit finden kaum Zuhörer. Wer kritisch nachfragt, wird gemaßregelt; denn schließlich könne niemand ausschließen, infiziert zu werden – obwohl Theater und Oper, Hotellerie und Gastronomie, und auch der Sport, zudem kontaktlose Sportarten, keine Infektionstreiber sind.

Wenn nun weitere Verschärfungen vorgesehen sind, muss jedem klar sein, wie folgenschwer diese sich auf unser soziales Leben auswirken und uns weit über Gebühr belasten. Bei allem Verständnis für eine handlungsfähige Exekutive, doch wenn Richtungen vorgegeben werden – und zwar mit schwerwiegenden Eingriffen in Freiheitsrechte, zumal undifferenziert ausfallend –, dann muss dies auf Unverständnis in der Bevölkerung treffen, einer Bevölkerung, die bislang mehrheitlich die Corona-Maßnahmen außerordentlich vernünftig getragen hat.

Wir sind aber an einem Punkt angelangt, an dem der Mangel an Verhältnismäßigkeit behoben werden muss. Es muss daher in diesem Haus über verhältnismäßige Maßnahmen diskutiert werden – auch über Fragen, welche Risiken wir für hinnehmbar halten und welche nicht.

Meine Damen und Herren, das gehört zu unserer gemeinsamen politischen Verantwortung, wie es übrigens zu meiner persönlichen Verantwortung gehört – im Gegensatz zu manch anderem, der das nicht möchte –, sich impfen zu lassen.

Ich danke Ihnen sehr herzlich.